

Französischer Nationalfeiertag 17.07.2017

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident DDr. Herwig van Staa !

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Günther Platter!

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin der Stadt Innsbruck Mag.^a Christine Oppitz-Plörer!

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Religionsgemeinschaften!

Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung, Landesregierung und der Stadtregierung!

Sehr geehrte Exzellenz, Herr Botschafter François Saint-Paul!

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete zum Nationalrat, zum Landtag, zum Bundesrat und zum Gemeinderat!

Sehr geehrte Damen und Herren Präsidenten und Leiter der Gerichte, Behörden und Institutionen!

Sehr geehrte Repräsentanten und Vertreter institutioneller Sozialpartner!

Sehr geehrte Damen und Herren Rektoren und Professoren der Universitäten und akademischen Bildungsträger!

Sehr geehrte Vertreter des diplomatischen und konsularischen Corps!

Lieber Dr. Ivo Greiter als mein Vorgänger im Amt des Konsuls!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Bienvenue mes amis!

C'est toujours un moment précieux pour moi même de célébrer avec vous la fête nationale française. Bienvenue et merci de fêter ensemble notre fête nationale.

Herzlichen Dank für Ihr Erscheinen; es ist Ausdruck der besonderen Wertschätzung unseres Landes Tirol für Frankreich, dass Sie in so großer Zahl dieser Einladung gefolgt sind.

Es ist mir auch heute wieder eine besondere Ehre und Freude, als Vertreter Frankreichs seine Exzellenz Herrn Botschafter **François Saint-Paul** in Innsbruck **begrüßen** zu können. Seit Juni 2017 vertritt Seine Exzellenz die Interessen Frankreichs in Österreich; wir freuen uns sehr, dass Tirol eines der ersten Bundesländer ist, das Sie als neuer Botschafter besuchen. Ihre Amtsvorgänger sind gerne und wiederholte Male nach Tirol gekommen; wir würden uns freuen, wenn Sie diese Tradition fortsetzen.

Es ist den Vertretern Frankreichs zu verdanken, dass unser Land Tirol nach den Wirren des 2. Weltkrieges seinen Aufschwung nehmen konnte; allen voran ist hier **General Emile Bethouard** zu nennen. Es ist mir wie jedes Jahr ein besonderes Anliegen daran zu erinnern, dass er es war, der 1950 anlässlich einer Kranzniederlegung am Bergisel, nach den Klängen der Marseillaise und des Andreas Hofer-Liedes, darauf verwiesen hat, wie wichtig es ist, die Ursachen und die schmerzlichen Erinnerungen an die Gegnerschaften auszulöschen und die Grundlage für eine Einigkeit zwischen Tirol als „pays amis“ und Frankreich zu schaffen.

14. Juli – Französischer Nationalfeiertag. Es gilt, die vor mehr als 227 Jahren geprägten **Grundwerte** der **Französischen Revolution**

Liberté – Freiheit,

Egalité – Gleichheit,

Fraternité – Brüderlichkeit

auch in unserer heutigen Zeit mehr denn je zu bewahren, politisch umzusetzen wie auch wirtschaftlich abzusichern.

Wir erinnern uns alle noch an den schrecklichen Anschlag in Nizza mit 86 Toten und mehr als 400 Verletzten am vorjährigen französischen Nationalfeiertag. Wir haben damals der Opfer gemeinsam gedacht; ich habe den Ausspruch von Antoine Leiris, der bei den Anschlägen von Paris am 13.11.2015 seine Frau verloren hatte, zitiert:

Vous n’aurez pas ma haine!

Ihr bekommt meinen Hass nicht!

In einem offenen Brief hielt er damals fest:

Nein, ich werde euch nicht das Geschenk machen, euch zu hassen, auch wenn ihr euch sehr darum bemüht habt. Auf den Hass mit Wut zu antworten, würde bedeuten, derselben Ignoranz nachzugeben, die euch zu dem gemacht hat, was ihr seid.

An diese bewegenden Worte im Gedanken der **Liberté** erinnere ich mich nun auch anlässlich der jüngsten Ereignisse in Hamburg.

Der G20-Gipfel in Hamburg hatte politisch großes **Konfliktpotential**; das Potential für Auseinandersetzungen gab es aber nicht nur am

Verhandlungstisch, sondern auch auf der Straße; zehntausende Demonstranten standen ca. 20.000 Polizisten gegenüber.

Wir wurden mit einer neuen, uns in Europa bislang in dieser Form **nicht vertrauten Gewalt** konfrontiert; brennende Autos in den Straßen, devastierte Geschäfte, Plünderungen von Lokalen, mit Steinschleudern beschossene und mit Molotowcocktails beworfene Polizisten und letztlich Sonderkräfte, die mit Sturmgewehren im Anschlag den Demonstranten entgegentraten; mehr als 500 Sicherheitskräfte wurden bei diesen Auseinandersetzungen verletzt.

Präsident Emmanuel **Macron** als Vertreter jenes Volkes, das vor mehr als 227 Jahren für die Durchsetzung der Grundfreiheit Liberté gekämpft hat, ist augenscheinlich als Einziger **dem entgegengetreten**; sichtbare Reaktionen anderer politischer Vertreter erfolgten kaum.

Wir konnten den Präsidenten der französischen Republik dabei beobachten, wie er entlang der Alster **auf die Menschen zugegangen** ist und dadurch demonstriert hat, wie wichtig es ist, der Aggression und dem Zorn zu begegnen.

Der Spaziergang an der Alster ist eine symbolische Geste, zeigt aber, wie wichtig es ist, **im Geiste der Freiheit** Aggressionen wie diesen, aber auch all den terroristischen Handlungen, die uns nahezu Tag für Tag begleiten, entgegenzutreten.

Was in Hamburg an Zerstörung und Gewalt geschehen ist, hat nichts mit dem Recht auf **Meinungs-** und **Demonstrationsfreiheit** zu tun;

die selbstverständliche Möglichkeit, solche Freiheiten in Anspruch zu nehmen, setzt ein klares Bekenntnis zur friedlichen Meinungsäußerung voraus.

Einer der letzten Anschläge in Europa ist der vom 19.06.2017 in **London**; ein Brite raste mit dem Ausruf: „Alle Muslime – ich will alle Muslime töten!“ in eine Menschenmenge. Diese Attacke erinnert uns daran, dass Extremismus, Terrorismus und Hass viele Formen annehmen kann. Auch in anderen Ländern sind wir immer wieder mit vergleichbaren Terroranschlägen konfrontiert; ich erinnere nur an **Stockholm** am 07.04.2017, **Nizza** am 14.07.2016, an **Berlin** am 19.12.2016 oder auch an **Montreal** im Oktober 2016.

Auch beim Anschlag in London konnten wir sehen, wie wichtig es ist, dem Hass nicht durch Hass zu begegnen; es war der Imam Mohammed Mahmud, der sich vor die aufgebrachten Menschen stellte und den 48jährigen Täter in London schützte und der hasserfüllten Menge entgegenrief: „Fasst ihn nicht an!“

Wir dürfen es **nicht zulassen**, dass destabilisierende Kräfte versuchen, uns in eine Welt zurückzusetzen, in der Globalisierung und Vermischung nicht möglich ist.

Freiheit ist ein zentrales Gut und stand als Leitgedanke der Französischen Revolution im Vordergrund; Freiheit ist der Zustand, nicht unterdrückt oder gefangen, vielmehr unabhängig zu sein – aber **haben wir noch unsere Freiheit?** Das Problem ist, dass man Freiheit erst spürt, wenn sie nicht mehr da ist und sie erst thematisiert wird, wenn sie bedroht ist.

Die letzten Generationen haben sich einen **Verwöhnungscharakter** angeeignet; die Menschen in Europa mussten nicht mehr für Freiheit kämpfen und ein Großteil der westlichen Welt weiß mit seiner Freiheit oft nicht viel Sinnvolles anzufangen. Die Menschen haben die Freiheit wie **selbstverständlich in die Wiege** gelegt bekommen; Konsumenten-Mentalität kommt ins Spiel und viele denken, dass die Gesellschaft uns Glück und ein schönes Leben schuldet.

Der **Friede** in Europa **als das ursprüngliche Motiv** bei der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist für die heute lebenden Generationen zu einer kaum mehr reflektierten **Selbstverständlichkeit** geworden.

Wir sehen das auch daran, dass die Mitgliedschaft in politischen und sozialen **Organisationen** oder anderen Gruppierungen stetig zurückgeht; wir müssen uns bewusst sein, dass es nicht genügt – wie heute sehr häufig – seine Meinung über soziale Medien – bis hin zu Hasspostings – zu artikulieren. Um gehört zu werden, muss man sich aktiv organisieren.

Wir befinden uns heute in einem gewaltigen Umschichtungsprozess, der sehr weitreichende soziale, wirtschaftliche und politische Konsequenzen hat. Dies schafft für die Menschen ein großes Unsicherheitsgefühl. Es ist eine ähnliche Situation wie Ende des 19. Jahrhunderts, als die damals einsetzende industrielle Revolution die alte Ordnung zerstört hat.

Gerade in solchen Turbulenzperioden ist es wichtig, dass sich Menschen besonders mobilisieren. Das Problem ist, dass die Menschen

oft gar keine wirklichen Informationen wollen, sondern nur ihre eigenen Vorurteile bestärkt bekommen wollen. Hier zeigt sich eine Korrelation zwischen Bildungsstufen und verantwortlicher Meinungsbildung.

Gerade im Bewusstsein dessen wird man auch in Europa nicht „einfach weitermachen wie bisher“; dies ist weder klug noch möglich. Durch die Globalisierung der Welt werden die Grenzen immer mehr verwischt, nicht nur die Grenzen zwischen den einzelnen Nationen, nein auch die Grenzen in den Köpfen und zwischen den Kulturen. Alte Regeln gelten nicht mehr und Traditionen, auf die man sich stützen kann, gehen verloren.

Freiheit ist wichtig; nur, diese neue Freiheit bringt auch neue Unsicherheit. Dieser Prozess der Globalisierung bedeutet Stärke und Schwäche der Moderne zugleich.

Egalité als weiterer Leitgedanke der französischen Revolution; auch hier denke ich wieder an das G20-Treffen in Hamburg. Es wurde uns vor Augen geführt, dass die sogenannte **Weltgemeinschaft** offensichtlich noch nie so uneins war wie heute. **Nationale Egoismen** verdrängen multilaterale Lösungsansätze; statt einer auf allseits akzeptierten und nachvollziehbaren Regeln beruhenden Weltordnung soll das „Recht des Stärkeren“ gelten. Liegt die Wurzel dafür nicht in einer für die Menschen nicht mehr erkennbaren Gleichheit?

Egalité; innerhalb Europas werden uns bei diesem Leitgedanken wiederum die Entwicklungen um den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union bewusst.

Premierministerin **Theresa May** vertritt im Einklang mit Brexit-Minister **David Davis** wie auch mit Außenminister **Boris Johnson** die Linie eines „harten Brexit“; alle Brücken zur EU sollen abgebrochen werden. Der britische Autor **Robert Winder** vergleicht die Situation in Großbritannien mit einem Auto, dessen Insassen auf eine Klippe zu steuern und unentwegt nur hupen, anstatt zu bremsen.

Die Entscheidung der Briten am 23.06.2016 löste eine **europäische Schockwelle** aus. Seit ihren Anfängen hat die EU vielfach Rückschläge erlitten. Der Wille eines der europäischen Völker, aus der Gemeinschaft auszutreten, ist jedoch ein bislang einmaliges Ereignis. Eine Zäsur historischer Tragweite; ist doch Großbritannien der drittgrößte Mitgliedsstaat mit der zweitgrößten Volkswirtschaft Europas.

Im Vereinigten Königreich leben ca. 3 Millionen Unionsbürger und in der Union ca. 1,3 Millionen Briten; es wird daher eine große Anzahl von Menschen direkt vom Brexit betroffen. Unüberschaubar ist aber auch die Zahl derer, die indirekt durch diese politischen und vor allem auch wirtschaftlichen Entwicklungen berührt werden.

Das Austrittsabkommen wird die Rechte der Bürger der EU-27 aber auch die der Bürger des Vereinigten Königreichs und all derer Familienangehörigen schützen müssen und den Bürgern jene Rechte sichern müssen, die sie zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens in Verbindung mit der Freizügigkeit nach Unionsrecht innehaben.

Zuletzt wurden für die Brexit-Gespräche **drei Verhandlungsrunden** fixiert, in denen bis Herbst die drei zentralen Fragen – **Bürgerrecht,**

Finanzen und **Nordirland** – abgearbeitet werden sollen, um im Anschluss daran über die künftigen Beziehungen sprechen zu können.

Im Geiste der Egalité werden die Verhandlungsteams darauf achten müssen, dass mehr „**eint als trennt**“.

Für Großbritannien wird dabei die Wahl der richtigen Austrittsstrategie schwierig, da sich seit der Entscheidung des britischen Volkes die politische Lage auf dem europäischen Kontinent doch geändert hat. Die Union ist nicht durch einen Siegeszug nationalistischer Kräfte – wie vorweg angenommen – geschwächt, sondern erlebt **Zustimmungswerte** wie schon lange nicht.

EU-Ratspräsident **Donald Tusk** hat in seinem Einladungsschreiben an die Staats- und Regierungschefs anlässlich des letzten EU-Gipfels festgehalten: „Wir erleben die Rückkehr zu einer EU, die eine Lösung bietet – und nicht ein Problem“.

Im Geiste der Egalité tritt gerade Präsident **Emmanuel Macron** für Reformen in Europa und damit für eine Stärkung der Union ein.

Anlässlich seiner letzten Rede vor dem Kongress in Versailles hat Präsident Macron seine diesbezüglichen **politischen Visionen** dargelegt und ein **leidenschaftliches Bekenntnis** zu Europa abgegeben. Nach einem für „die EU grausamen Jahrzehnt“ der Desillusionierung müsse eine neue Generation an den Geist der Gründer anknüpfen: „**Europa, das sind wir**“, plädierte Präsident Macron enthusiastisch.

Die Stimmung innerhalb der Europäischen Union wird besser; sie verspürt nach dem Schrecken der Brexit-Entscheidung wieder Rückenwind. In Deutschland bewerten bereits 68 % der Befragten mittlerweile die EU wieder als positiv.

Auch in Frankreich liegt die Zustimmungsrate deutlich über 50 %; ja selbst in Großbritannien bei 54 %. All diese Zustimmungswerte haben sich seit dem Brexit-Votum jeweils mit bis zu 18 Prozentpunkten verbessert.

Nur 18 % der EU-Bürger wollen, dass ihr Land die Union verlässt; sogar in Griechenland gibt es keine Mehrheit für einen Grexit.

Es wird in der Verantwortung der Verhandlungsteams liegen, nicht nur vordergründig den **finanziellen Ausgleich** im Geiste der *Fraternité fair* zu verhandeln, sondern angesichts eines drohenden Sinkens des Wirtschaftswachstums die Grundlage für eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung zu wahren.

Es wird bei den Brexit-Verhandlungen nicht nur um Ausgleichszahlungen gehen, die in Brüssel mit bis zu 100 Milliarden Euro angedacht sind, sondern auch um die Domizilierung wichtiger **EU-Agenturen**, wie die EBA (Bankaufsichtsbehörde) und die EMA (Arzneimitelagentur), die den Gastländern neben Arbeitsplätzen und Prestige vor allen Dingen auch Geld bringen; Österreich bewirbt sich auch hier mit einer durchaus guten Chance als Standort.

Großbritannien wird auch die europäische Atomgemeinschaft (**EURATOM**), gegründet 1947, verlassen; diese Gemeinschaft regelt

den Binnenmarkt für den gesamten Nuklearsektor und ist auch die treibende Kraft hinter der Kernfusionsforschung. Sie ist verantwortlich für die Gewährleistung von Sicherheitsstandards, wie auch für die Versorgung der Staaten mit nuklearem Material; nicht zuletzt ist die Kernforschung mit einem Budget von mehr als 1,6 Milliarden Euro in den letzten Jahren wesentlicher Faktor dieser Gemeinschaft.

Die EU wird auf die geänderten Rahmenbedingungen vorausschauender reagieren und bei Stimmungslagen wie jener in Großbritannien künftig früher gegensteuern müssen. Sie wird sich selbstkritisch hinterfragen und ihre Entscheidungsstrukturen flexibler gestalten müssen. Langjährige Vertragsdiskussionen und Reformkonvente werden keine zufriedenstellenden Antworten mehr geben können.

Möglicherweise helfen der europäischen Union **unterschiedliche Integrationsgeschwindigkeiten**; der Integrationszug würde dadurch trotzdem – wenn zwar auch langsamer aber doch gemeinsam – weiterfahren können, ohne dass durch vorsätzliches Ziehen einer Notbremse der ganze Zug oder einzelne Waggons aus den Gleisen gerissen werden.

Der **letzte EU-Gipfel** begann in diesem Sinne optimistisch; für Bundeskanzlerin **Merkel** ist „die Zukunft wichtiger als der Austritt von Großbritannien“ und es sei „ein klarer Fokus auf die Zukunft mit 27 Staaten zu legen“.

Auch Präsident **Macron** brachte eine **zentrale Botschaft** mit: Egal welche Themen – sei dies Terror, Migration, Verteidigung etc. – an-

zusprechen sind, es ist notwendig, dass „wir **Hand in Hand** Vorschläge präsentieren und **mit einer Stimme** sprechen“.

Präsident Macron hält fest, dass die **Rückkehr zum Geist der Kooperation** nötig ist, ansonsten drohe der Verfall. Für ihn ist die zentrale Frage, ob Europa seine Grundwerte, die es über Jahrzehnte in alle Welt verbreitet hat, verteidigen kann oder angesichts des Erstarkens illiberaler Demokratien und autoritärer Regime zurückweicht.

In diesem Sinne sprechen sich auch 73 % der EU-Bürger für eine **Aufwertung der EU** aus und nur 31 % für die Repatriierung von Kompetenzen; immerhin wird der Wunsch nach den „Vereinigten Staaten von Europa“ bereits von 40 % befürwortet, gegenüber einer Ablehnung von noch 47 %.

Chatham House, ein Think-Tank, hat die derzeitige Stimmungslage in einer groß angelegten Studie untersucht; mit dem Ergebnis, dass jeweils mehr als die Hälfte, sowohl der Eliten als auch aller EU-Bürger, stolz darauf ist, EU-Bürger zu sein. In Österreich sind es sogar 60 %.

Allerdings haben die Bürger Europas, wie auch deren Eliten, insgesamt keine **klare Vorstellung** davon, wie es mit Europa weitergehen soll; man ist sich lediglich einig, dass die **Solidarität** eine große Rolle spielen soll.

Die Schlussfolgerung aus dieser Untersuchung ist, dass es für die handelnden Politiker in einer Zeit, wo sich Bürger Sorgen machen wegen diffuser Terrorbedrohungen und Fluchtbewegungen und den

unklaren Auswirkungen des Brexit, verbunden mit einer Glaubwürdigkeitskrise, eine große Herausforderung ist, **die zukünftigen Strategien** vorzugeben.

Im Sinne der Bewegung von Präsident Macron geht es um eine **Europäische Union „en marche“**.

Vor wenigen Monaten hat die Europäische Kommission zur Zukunft Europas ein **Weißbuch** mit **fünf Szenarien** veröffentlicht:

- weiter wie heute;
- Schwerpunkt Binnenmarkt;
- wer mehr will, tut mehr;
- weniger, aber effizienter;
- viel mehr gemeinsames Handeln.

Es wird neben einer Auseinandersetzung um institutionelle Neuerungen und Klarstellung, welche Ziele den Mitgliedsstaaten wichtig sind, notwendig sein, auf europäischer Ebene eine Diskussion über wesentliche Punkte zu führen:

- Abbau der Arbeitslosigkeit durch den Einsatz staatlicher und europäischer Mittel;

- Zukunft des Euro – durch die Wahl von Präsident Macron hat das Lager derer, die die Eurozone erhalten wollen, an Gewicht gewonnen;
- Flüchtlingspolitik und Solidarität; es fehlt an einer gemeinsamen EU-Migrationspolitik, es gibt bislang nur die Migrationspolitik der EU-Mitgliedsstaaten;
- Emanzipation Europas, vor allem im Verhältnis zu den USA und dies nicht nur im sicherheitspolitischen Bereich;
- Umfang der EU; die Austrittsverhandlungen dürfen auf Seiten der EU nicht zu viele Kräfte binden. Es sollte besser früher als später entschieden werden, ob man sich in Zukunft noch erweitern will, oder ob man vorerst auf einen solideren und glaubwürdigeren Zusammenhalt der bestehenden Mitgliedsstaaten setzt; dies dient dem europäischen Frieden am besten.

Die Haltung von Präsident Emmanuel Macron zeigt, dass nicht mit Rückstufungs- und Auflösungsszenarien gespielt werden soll. Frankreichs Botschaft ist vielmehr, dass die EU eine Zukunft mit einer globalen Mitgestaltungsrolle hat; die erste Verantwortung für das Gelingen des Projektes EU liegt bei deren Mitgliedsstaaten.

Die EU steht derzeit vor vielen finanziellen, politischen und sozialen Problemen; die aktuell größte Krise ist jedoch die **Migration**. Im Geiste des **Leitgedankens** der **Fraternité** bedarf es einer umfassenden, koordinierten Migrationspolitik unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, humanitären Sicherheit und politischer Faktoren.

Die Flüchtlingsströme kommen insbesondere aus Mali, Nigeria, Sudan, Somalia, Eritrea, Senegal, Gambia; oft werden dort in den Dörfern jene Menschen ausgewählt, die auf die Reise geschickt werden und auch von der Bevölkerung zusammengelegt, um die teuren Passagen zu finanzieren.

Die Bevölkerung flieht vor Extremwetterlagen, begleitet von Dürren und Überschwemmungen, vor Terror, diktatorischen Regimen und internen Konflikten bis hin zum Bürgerkrieg.

Derzeit leben in Afrika eine Milliarde Menschen, diese Zahl wird sich innerhalb der nächsten 30 Jahre verdoppeln. EU-Parlamentspräsident **Antonio Tajani** rechnet mit bis zu 30 Millionen Flüchtlingen in den nächsten 10 Jahren. Dem gilt es im Geiste der Solidarität und Fraternité zu begegnen; der italienische Innenminister **Marco Minniti** fordert nicht zu Unrecht ein Solidaritätssignal von Europa.

Am 20.06.2017 war der **Weltflüchtlingstag**; es waren noch nie weltweit mehr Menschen gleichzeitig auf der Flucht wie an diesem Tag, 75,6 Millionen Menschen mussten ihre Heimat verlassen.

Vor den Toren Europas standen allein bereits wieder in diesem Jahr knapp 200.000 Menschen; eine Zahl, die gegenüber dem Vorjahr um 30 % gestiegen ist.

Todesrate 2,25 %; das ist jener Prozentsatz der Migranten und Flüchtlinge die im Mittelmeer sterben. In den letzten Jahren sind jedes Jahr zwischen 150-180.000 Menschen über das Mittelmeer ge-

flüchtet und davon zwischen ca. 3.000 bis 4.600 jedes Jahr zu Tode gekommen.

Aus den afrikanischen Staaten ist wenig Hilfe zu erwarten; diese sehen den Exodus ihrer Landsleute durchaus positiv, da vor allem die **Arbeitsmigranten** monatliche Rücküberweisungen bewirken, die die Wirtschaftskraft dieser Staaten stärken.

2016 haben Arbeitsmigranten in Summe 35 Milliarden Dollar in ihre Heimaten transferiert. Ein großer Teil dieses Betrages stammt von Afrikanern, die außerhalb des Kontinents leben; in Liberia machen diese Rücküberweisungen ein Drittel des BIP aus. In den anderen Staaten zwischen 10 und 20 %. Stellt man dem das EU-Programm für Reintegrationsmaßnahmen mit 1,8 Milliarden Euro gegenüber, so zeigt dies eine massive Ungleichgewichtigkeit.

Zuletzt war dies deutlich erkennbar, als Bundeskanzlerin Merkel dem Präsidenten des **Niger** eine **Sofortunterstützung** von 17 Millionen Euro und ein weiteres Arbeitsplatzprogramm für 60 Millionen vorschlug und dieser diesem Angebot mit einer Forderung von mehreren Milliarden Euro entgegengetreten ist.

Es wird daher auch eine der zentralen Verantwortungen der EU sein, im Sinne eines „**Marshall-Plans**“ die afrikanischen Staaten zu unterstützen und deren Wirtschaft anzukurbeln und im Geiste der **Fraternité** den Menschen dort auch **Perspektiven** zu geben.

Leider fehlt es derzeit noch am politischen Willen und am Mut der Staaten Europas sehr viel Geld in die Hand zu nehmen; begleitet wird

dies auch häufig durch ein Fehlen verlässlicher Ansprechpartner auf dem afrikanischen Kontinent.

Die Erarbeitung eines Marshall-Plans scheint wesentlich effizienter als das Schließen von Grenzen. Es bedarf entsprechender „Compacts“; **Gegengeschäfte** sind ein wesentlicher Hebel zur Lösung des Migrationsproblems. Wir müssen bedenken, dass sich seit 1995 die **Exporte** aus **Europa** nach Afrika **halbiert** haben; dadurch konnte auch China seinen wirtschaftlichen Vorsprung gegenüber dem europäischen Wirtschaftsraum ausbauen.

Einer fehlenden EU-Migrationspolitik stehen die **nationalen Konzepte** der legalen Einwanderung entgegen. Derzeit ist im Fokus der EU-Politik das Patrouillieren von Kriegsschiffen unter EU-Kommando und die Förderung der Herkunftsländer mit hunderten Millionen Euros.

Die fehlende Strategie zeigt sich allein schon im Mittelmeerraum.

In den mehr als 200 seit der Französischen Revolution vergangenen Jahren hat sich **in großen wie in kleinen Bereichen** immer wieder bestätigt, wie wichtig es ist, dass **jeder Einzelne** von uns, aber auch die Gemeinschaften, Verbände und Organisationen **im Geiste der Leitgedanken** der Französischen Revolution handeln; Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sind Werte, die jeder Einzelne von uns stets vor Augen haben und seinen Beitrag leisten sollte, um diese umzusetzen.

Abschließend ist es mir wie jedes Jahr ein Bedürfnis, darauf hinzuweisen, dass die Stadt Innsbruck und damit auch Tirol viele Jahr-

zehnte hindurch stolz darauf waren, hier die einzige österreichische Niederlassung des **Institut Français** außerhalb Wiens zu beherbergen.

Leider musste dieser Standort vor 2 Jahren aufgegeben werden; es ist mir aber eine Freude festzustellen, dass es gelungen ist, die Lücke zu schließen.

Es wurde seinerzeit über eine Initiative der Französischen Botschaft der Verein **Institut franco-tyrolien d'Innsbruck** gegründet; der Verein hat weit über 100 Mitglieder und fördert mit Wirkung für ganz Tirol den kulturellen und sprachlichen Austausch. Wir sind dankbar, dass durch die Unterstützung der Stadt Innsbruck in den historischen Räumlichkeiten des Stadtturmes der Geist und die Sprache der französischen Kultur vermittelt werden kann.

Es ist mir ein Anliegen, **Frau Mag. Gaigg** und den übrigen Vorstandsmitgliedern für ihren Einsatz im Rahmen dieses Vereins zu danken. Besonderer Dank gilt natürlich auch der französischen Botschaft, dem Herrn Landtagspräsidenten und unserer Frau Bürgermeisterin, die diese Initiative so tatkräftig unterstützt haben.

Wir dürfen sie alle auch im Anschluss an diesen Festakt zur Geburtstagsfeier in den Räumlichkeiten des Vereines im Stadtturm herzlich einladen.

Im Einklang mit der Tätigkeit des Vereins ist auch das besondere Engagement der **Leopold-Franzens-Universität** zu sehen; der **Frankreich-Schwerpunkt** trägt verstärkt zum Austausch zwischen Frankreich und Tirol bei. Besonderer Dank gilt hier Herrn Rektor Tillman Märk und Frau Lavric.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und darf traditionell schließen mit:

vive la République, vive la France et vive le Tyrol!

Ich darf nun Seine Exzellenz, Herrn Botschafter François Saint Paul um seine Grußworte bitten.

Nachfolgende Grußworte:

BM Christine Oppitz-Plörer

Landeshauptmann Günther Platter